

Kein Ruhmesblatt

Andreas Durisch über das russische Roulette der Parteien um den Staatsvertrag

Die gute Nachricht nach dem Ja des Parlaments zum UBS-Vertrag mit den USA: Dies ist eine Schlappe für den Populismus von links und von rechts, von SP und SVP.

Durchgesetzt haben sich am Ende die Parteien, die sachbezogen Kurs hielten. Das ist bemerkenswert in dem aufgeheizten Klima und setzt für einmal die in den letzten Jahren üblich gewordene Mechanik mit den Polparteien am längeren Hebel ausser Kraft. Es zeigt, dass eine Politik, die sich von der Realität zu weit entfernt und zur selbstgefälligen Parteipolitik mutiert, keinen Erfolg bringt.

Dieser Staatsvertrag ist wahrlich kein Ruhmesblatt für die Schweiz, der Bundesrat hätte ihn vermeiden sollen. Aber am Ende war es der einzig gangbare Weg aus einer vertrackten und risikoreichen Situation. Streitigkeiten mit den USA hätten nicht nur die UBS erneut in Bedrängnis, sondern negative Folgen für die Schweizer Wirtschaft mit sich gebracht.

Alle, inklusive SP und SVP, waren sich von Beginn weg sehr wohl bewusst, dass das Parlament diesen Staatsvertrag am Ende absegnen muss. Trotzdem – oder gerade deshalb – begannen sie, russisches Roulette zu spielen, dem politischen Gegner zu drohen und ihm samt erpresserischen Forderungen die Pistole auf die Brust zu setzen. In diesem Spiel hat der Erste, der sich bewegt, verloren. Erstaunlicherweise widerstand die Mitte, obwohl von SP-Präsident Christian Levrat und seinen Genossen als Abzocker-Allianz und Paradeplatz-Filz gebrandmarkt. Durchaus im Einklang mit dem derzeitigen Volksempfinden sah die SP eine einmalige Gelegenheit, im Parlament trotz bürgerlicher Mehrheit eine Boni-Steuer durchdrücken zu können. Dabei stand ihr erpresserisches Nein zum Staatsvertrag in eklatantem Widerspruch zur eigenen Überzeugung: Die SP schützte de facto das Bankgeheimnis und schlug sich auf die Seite der Steuerhinterzieher. Eine verlogene Politik.

Die SVP andererseits ritt im Zusammenhang mit der Minder-Initiative ebenfalls populistisch auf der Abzocker-Welle, zeigte sich der Grossbank gegenüber überraschend kritisch, obwohl Christoph Blocher und der ehemalige UBS-Chef Marcel Ospel lange Jahre gute Freunde waren. Für die Ablehnung des Staatsvertrags hatte die SVP rechtsstaatlich überzeugende Argumente, auch machte sie keine Verrenkungen wie die SP. Doch die seit Blochers Abwahl aus dem Bundesrat rachedurstige Partei hat dieses Mal den Gegner falsch eingeschätzt. Sie knickte als Erste ein, Blocher wurde zum Wendehals, der, so flüstert man in Bern, doch noch Ospels Bitten und Drängen nachgab. In der Schlussrunde enthielt sich die SVP-Fraktion der Stimme. Eine Niederlage für die sonst so stimmungswaltige Partei.

Die UBS ist aus Gewinnsucht Finanzwetten eingegangen und fast untergegangen; SVP und SP sind aus Machtgier im Poker um den Staatsvertrag Wetten eingegangen und auf die Nase gefallen. Die Politik wirft den Bankern vor, aus der Finanzkrise nichts gelernt zu haben. Lernt die Politik aus dem Schlamassel der vergangenen Monate?